



Jacob Kaiser

8. Februar 1888 – 7. Mai 1961.

Deutscher Politiker (CDU), Buchbinder. Stimmte 1933 als Mitglied des Reichstages gegen das Ermächtigungsgesetz. Verweigerte die Gleichschaltung der Gewerkschaften.

Im Widerstand Zusammenarbeit mit Leuschner, Goerdeler u. a. 1945 Mitbegründer der Einheitsgewerkschaft und der CDU. Ende 1945 Vorsitzender für Berlin und die sowjetische Besatzungszone. Gegner der Westintegrationspolitik Adenauers. 1949–1957 Mitglied des Bundestages und Minister für gesamtdeutsche Fragen. Stellvertretender CDU-Vorsitzender, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse.

Jacob Kaiser

Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn

«Wiederherstellung der deutschen Einheit»

Es ist mir eine wirkliche Genugtuung, gerade vor Ihnen hier im Übersee-Club über die Schicksalsfrage unseres Volkes sprechen zu dürfen. Ich bitte Sie: Nehmen Sie alles, was ich zu sagen versuche, nicht als Theorie oder gar als politische Propaganda. Sondern nehmen Sie es als das, was es ist: Als den Ausdruck einer Erkenntnis, dass nur die tägliche Auseinandersetzung mit dem Schicksal unseres Vaterlandes und der täglich erneuerte Wille, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, alle Deutschen erst wieder zu einem lebenswerten Leben führen können.

In dem ost-westlichen Spannungsfeld ist das Deutschland-Problem eine der gefährlichsten Streitfragen. Es ist aber zugleich ein Problem, dessen zufriedenstellende Lösung am meisten zu einer Entspannung der Weltlage beitragen könnte. Die Lösung ist dabei leider unseren Händen weitestgehend entzogen. Sie liegt nach wie vor in erster Linie in den Händen der Besatzungsmächte. Aber die Haltung unseres Volkes, die Haltung eines jeden Einzelnen von uns wird wahrscheinlich maßgeblicher für das Schicksal unseres Landes sein, als mancher von uns heute glaubt. Man muss leider der Auffassung sein, dass wir noch lange auf die Wiedervereinigung Deutschlands warten müssen, wenn wir uns nur auf die Besatzungsmächte verlassen. Es ist ja kein Geheimnis, dass es auch in Frankreich und England noch Leute gibt, die der Wiedervereinigung mit einiger Sorge gegenüberstehen.

Vergegenwärtigen wir uns zur Erkenntnis unserer Situation, dass das Deutsche Reich 1937 470 000 qkm groß war. Davon umfasst das Land jenseits der Oder/Neiße 113 000 qkm. Die heutige Sowjetzone 92 000 qkm. Mit einer Bevölkerung von rund 18 Millionen. Dazu kommen noch etwa 1¼ Millionen aus dem Ostsektor Berlins. Die Abkommen von Jalta und Potsdam haben uns diese Gebiete entzogen. Die 113 000 qkm sind von Deutschland so gut wie vollkommen freigemacht worden, obwohl die Oder/Neiße-Linie nur eine Verwaltungsgrenze bedeuten sollte. Die 19,2 Millionen der Sowjetzone einschließlich Ostberlin aber sind in die Gewalt des Kreml gegeben worden.

Das Potsdamer Abkommen, das im Augenblick die sowjetische Propaganda wieder stark beherrscht, enthält folgende gemeinsame Erklärung der Sowjetunion, der USA und Englands: «In der Periode der Besetzung muss Deutschland als ein einheitliches Ganzes betrachtet werden.» Dieser Erklärung folgt die weitere Feststellung, dass zu diesem Ziel eine gemeinsame Politik für Bergbau und verarbeitenden Industrie, für Landwirtschaft, Löhne, Ein- und Ausfuhr, Verkehrswesen usw. festzulegen sei. Kaum war das Potsdamer Abkommen unterschrieben, da begann die Sowjetische Besatzungsmacht bereits eine gemeinsame Politik auf wirtschaftlichem Gebiet unmöglich zu machen. Sie ging sofort in voller Eigenmächtigkeit an die schrittweise Bolschewisierung der von ihr besetzten Gebiete. Entnazifizierung und Entmilitarisierung wie sie im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden, haben ihr dabei als Mittel gedient. Ebenso dienten und dienen Demontage und Steuerpolitik als Mittel, die Bolschewisierung zu fördern. Ausgangspunkt der Bolschewisierung der Sowjetzone war die Bildung so genannter Zentralverwaltungen für die verschiedenen Gebiete der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens. Mit ihrer Einrichtung wurde bereits einen Monat nach der Potsdamer Konferenz begonnen.

Nur mit größter Sorge können wir feststellen, wie sehr sich das freiere Deutschland – d. h. die heutige Bundesrepublik – und die sowjetische Besatzungszone in ihrem Wirtschaftsleben mehr und mehr auseinanderleben. Der erste radikale Schritt zur Bolschewisierung war die brutale Durchführung der Bodenreform im Herbst 1945. Durch diese allen Rechtsgrundsätzen widersprechende so genannte Reform trat eine völlige Veränderung der Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft ein. Wie auch eine wesentliche Umschichtung

in den Größen der landwirtschaftlichen Betriebe. Durch diese auch allen fachlichen Grundsätzen widersprechende Umwälzung wurde die landwirtschaftliche Erzeugung weit zurückgeworfen. Sie hat auch heute bei weitem noch nicht die entsprechende Ertragsfähigkeit pro Hektar des Bundesgebietes erreicht.

Die sowjetzonale Industrie ist zu rund 40 Prozent demontiert gewesen. Ihr Umbau und Neuaufbau erfolgen nunmehr ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu Deutschland. Wir stehen heute vor folgendem Tatbestand: Von etwa 40 000 Industriebetrieben mit über zehn Mann Belegschaft sind 3500 sogenannte Volkseigene Betriebe. 116 Betriebe sind Sowjetische Aktiengesellschaften geworden. Aus der Zahl der Beschäftigten und mehr noch aus den Produktionswerten geht die überaus große Bedeutung der Volkseigenen Betriebe und der Sowjetischen Aktiengesellschaften hervor.

Die Durchschnittsbelegschaften betragen bei den Volkseigenen Betrieben 270 Beschäftigte, bei den SAG's 6100 und bei den Privatbetrieben nur zwölf Beschäftigte.

Die Volkseigenen Betriebe schufen 1950 Produktionswerte in Höhe von 5,4 Milliarden gleich 47 Prozent. Bei den Sowjet-Aktiengesellschaften waren es 3,8 Milliarden gleich 33 Prozent und bei den Privatbetrieben 2,3 Milliarden gleich 20 Prozent.

Die Sowjetunion verfügt also durch die SAG's über rund ein Drittel der gesamten industriellen Kapazität der Sowjetzone. In zehn Industriezweigen haben die Sowjets durch die SAG's das absolute Herstellungsmonopol. In weiteren acht Industriezweigen nehmen die Sowjets mit Kapazitätsanteilen von 95-70 Prozent ebenfalls Monopolstellungen ein. In weiteren Industriezweigen beherrschen die Sowjets durch den Besitz wichtiger Erzeugungsanlagen die Produktion.

Die Sowjets üben also mit ihren SAG's und ihren Handelsgesellschaften – auf die ich noch zurückkomme – in der Wirtschaft der Zone den beherrschenden Einfluss aus. Deutsche Stellen haben nicht den geringsten Einfluss auf diese Unternehmungen.

Damit erschöpft sich aber der sowjetische Einfluss in die Wirtschaft noch in keiner Weise. Nach neueren Untersuchungen musste vielmehr im Jahre 1950 auch von der Erzeugung der Volkseigenen und der Privatbetriebe etwa die Hälfte an die Sowjets abgeliefert werden, so dass nicht nur ein Drittel, sondern zwei Drittel der industriellen Produktion den Sowjets zugute kommt.

Neben der Industrie beherrscht die Sowjetische Besatzungsmacht direkt oder indirekt fast den gesamten Handel der Sowjetzone. Ich nenne nur einige der Handelsgesellschaften, durch die sich diese Beherrschung vollzieht:

Rasno-Export, Berlin NW7

HANDAG G.m.b.H., Deutsche Einfuhr- und Ausfuhr-G.m.b.H., Berlin W8

INTRAG, Berlin W8

EUPEX, Berlin W8

TEXTA, Berlin

CHINAEXPORT, Berlin

und schließlich die

Deutsch-Russische Transportgesellschaft, DERUTRA.

Diese Gesellschaften übernehmen planmäßig große Teile der Erzeugung der Sowjetischen Aktiengesellschaften. Sie übernehmen weiter Teile der Produktion der Volkseigenen Betriebe und auch der Privatwirtschaft. Zu Dumpingpreisen werden diese Güter dann für sowjetischen Nutzen auf dem Weltmarkt abgesetzt. Außerdem betreiben diese Gesellschaften den legalen und den illegalen Handel mit der Bundesrepublik. Ihre Emissäre bereisen Westdeutschland und versuchen überall Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Selbstverständlich sollen diese Handelsbeziehungen aber nicht der Bevölkerung der Sowjetzone dienen, sondern lediglich der Sowjetunion.

Aus diesen wenigen rein wirtschaftlichen Tatsachen allein vermag man schon zu entnehmen, in welchem Umfange die Sowjets die Bolschewisierung der Sowjetzone vorangetrieben haben. Die gesamte Wirtschaft – ob Sowjet-

AG's, ob Volkseigene Betriebe oder ob noch Privatbetriebe – wird von Moskau aus gelenkt, und zwar von der Sowjetischen Staatlichen Plankommission.

An der Versorgung der deutschen Verbraucher nach dem Grade ihres früheren Lebensstandards haben die Machthaber in der Sowjetzone kein Interesse. Solange die Sowjets und die von ihnen gestützten Politiker die Sowjetzone beherrschen, hat die Bevölkerung keine Chance, eine spürbare Hebung ihres Lebensstandards zu erreichen. Denn das Ziel allen Wirtschaftens in der Sowjetzone ist nicht die Bedarfsbefriedigung der Bevölkerung, sondern die Steigerung des Potenzials der Sowjetunion. Daher wird die Entwicklung der Industrie für den deutschen Zivilbedarf vollständig vernachlässigt. Die ehemals blühende sächsische Textilindustrie kann sich nicht mehr entwickeln. Ihre wertvollen Textilmaschinen können zum Teil nicht einmal hinreichend instandgehalten werden. Viele Textilarbeiter sind arbeitslos, oder sie sind zwangsweise im Uranbergbau und in anderen privilegierten Industrien untergebracht. Der Arzneimittelindustrie werden alle Importe verweigert. Viele Ärzte in der Sowjetzone lassen sich dringend benötigte Arzneimittel von Verwandten und Bekannten aus der Bundesrepublik in Päckchen schicken.

Ich habe an die Spitze meiner Ausführungen die wirtschaftliche Zerreißung und Verzerrung Deutschlands durch die Bolschewisierung der Sowjetzone gestellt. Die Wirtschaft ist nach sowjetischer Auffassung der wichtigste Faktor für den so genannten Fortschritt im bolschewistischen Sinne. Alle menschlichen, alle politischen und sozialen Bereiche haben sich der Wirtschaft unterzuordnen. Im Bereich der sowjetischen Wirtschaftspolitik hört der Mensch auf, Mensch zu sein. Er wird zum Funktionär im System. Wenn er sich dazu nicht eignet, wird er in der Planmaschinerie zermalmt. Entsprechend dieser Haltung wurde auch die Bolschewisierung auf politischem und sozialem Gebiet vorangetrieben. Das Potsdamer Abkommen bestimmte zwar, dass die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland die gleiche sein müsse. Aber in der Sowjetzone entstanden 1945 unverzüglich Konzentrations- und Arbeitslager. Die meisten von uns wissen um Menschen, die dort elendiglich zugrunde gegangen sind. Ich erinnere nur an den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Friedrich Syrup. Ich erinnere an zahlreiche Beamte früherer deutscher Ministerien und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Männer, die sich vielfach dem Nationalsozialismus durchaus nicht gebeugt haben. Dieser oder jener schleppt sein Leben noch heute unter trostlosen Bedingungen durch die Zuchthäuser der Sowjetzone.

Die Bevölkerung der Sowjetzone wurde unter den Druck von Polizeimaßnahmen gestellt, durch die ohne Kontrolle der Öffentlichkeit und ohne Urteilsspruch im Laufe der Jahre Zehntausende ihre Freiheit verloren haben.

Das Potsdamer Abkommen bestimmte, dass «in ganz Deutschland alle demokratischen Parteien erlaubt und gefördert werden» sollten. Es sah ausdrücklich Rede-, Presse- und Religionsfreiheit vor. man suchte aber die politischen Parteien, die man in der Sowjetzone zuließ, sofort einer sowjetischen Kontrolle zu unterwerfen. Sie ging soweit, dass sowjetische Offiziere auch zu internsten Vorstandssitzungen erschienen. Sowjetische Kontrolloffiziere verlangten sogar die Vorlegung von Redeentwürfen.

Die Etappen der Vergewaltigung der Parteien in der Sowjetzone sind bekannt. Im Frühjahr 1946 kam es zur Bildung der SED durch die Vereinigung von SPD und KPD. Die christlichen Demokraten, die ab Ende 1945 unter meiner Verantwortung standen, konnten sich noch bis Dezember 1947 halten. Der Volkskongress war die Zäsur. Jedem war damals klar, dass der Volkskongress nicht nur ein Instrument der sowjetischen Außenpolitik für die damals vor der Türe stehende Londoner Konferenz sein sollte. Er sollte zugleich die Alleinherrschaft der SED in der Sowjetzone energisch weitertreiben. Was heute an nichtkommunistischen Parteiführungen in der Sowjetzone besteht, sind die üblichen Feigenblätter, mit denen der stalinistische Kommunismus die Brutalität seines Regiments in allen Satellitenstaaten zu verhüllen sucht.

Nach der Volkskongressschöpfung gab es in der Sowjetzone keine Möglichkeit der Opposition mehr. Der Volkskongress wurde 1949 in eine so

genannte Volkskammer ohne jede gesetzliche Grundlage umgewandelt. Damit wurde die Basis der sowjetzonalen Staatsbildung, der so genannten «Deutschen Demokratischen Republik» geschaffen. Sie wurde im Herbst 1949 – selbstverständlich ohne freie Wahlen – der Bevölkerung aufoktroziert.

Was hier im Westen Deutschlands den Maßnahmen in der Sowjetzone folgte, geschah stets nur in Abwehr einseitiger sowjetischer Maßnahmen. Westdeutschland konnte sich ja gegenüber der sowjetischen Sabotierung des Potsdamer Abkommens auf die Dauer nicht nur passiv und abwartend verhalten. Erst im Sommer 1947 entstand der Frankfurter Wirtschaftsrat. Er war im Grunde ein Gegenstück zu den schon zwei Jahre früher geschaffenen Zentralverwaltungen für die sowjetische Zone. Man begnügte sich mit diesem Wirtschaftsrat, weil man immer noch auf den guten Willen der Sowjets wartete.

Aus diesem geschichtlichen Ablauf ergeben sich zwei Tatsachen: Einmal: Die Zerreißung Deutschlands hat mit einseitigen Maßnahmen der sowjetischen Politik begonnen. Zweitens: Der sowjetischen Politik ist es darauf angekommen, auf deutschem Boden ein politisches und wirtschaftliches Gebilde zu schaffen, das ausschließlich nach den Grundsätzen des Bolschewismus aufgebaut war. Es kam den Sowjets und ihren Gefolgsleuten darauf an, dem kommunistischen Machtwillen auf deutschem Boden eine stabile Grundlage zu schaffen. Und damit zugleich einen wirksamen Ausgangspunkt für weiteres Vordringen nach Westen. Bei dieser Einrichtung ihrer Machtbasis spielte weder der Wille der Bevölkerung noch Recht und Gerechtigkeit eine Rolle. Noch die feierlichen Vereinbarungen im Potsdamer Abkommen, auf die man sich sowjetischerseits immer wieder beruft.

Die so genannte Deutsche Demokratische Republik ist nur dürftig als demokratisches Gebilde getarnt. Sie ist nicht durch freie Wahlen legitimiert. Die SED kann sich freie Wahlen gar nicht erlauben. Sie würden für sie einfach zu einer katastrophalen Niederlage führen. Denn die Bevölkerung – das kann hier im Bundesgebiet nicht genug zum Ausdruck kommen – ist innerlich vom System des Bolschewismus so wenig berührt, wie wir selbst es sind. Das System ist ein System der Fremdherrschaft, dem sich deutsche Kommunisten und Nichtkommunisten als willige Werkzeuge zur Verfügung stellen.

Die so genannte Verfassung der Sowjetzonenrepublik sieht dabei auf dem Papier ganz demokratisch aus. In bezug auf die Kompetenzen der Besatzungsmacht erscheint die so genannte Deutsche Demokratische Republik sogar unabhängiger als die Bundesrepublik. Es sieht so aus, als wenn sich die sowjetische Besatzungsmacht nur auf die Kontrolle beschränkte. In Wirklichkeit hält sie aber alle Fäden in der Hand. Sie regiert durch direkte Eingriffe oder über ihre Befehle an die SED, die ja nur ihr verlängerter Arm ist. Auch die Grundrechte sind in der Verfassung der Sowjetzonenrepublik enthalten, z.B. Schutz der persönlichen Freiheit, Niederlassungsfreiheit, Recht der freien Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Religions- und Gewissensfreiheit, Eigentumsrecht, Koalitionsrecht, Streikrecht, Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben usw. usw. Es gibt aber keinen Verfassungsgerichtshof. Die Volkskammer ist die höchste Instanz, sie wird einseitig beherrscht von der SED und sie legt selbstverständlich die Verfassung in ihrem Sinne aus. Allein schon die Tatsache, dass beinahe zehn Prozent der Sowjetzonenbevölkerung in den vergangenen Jahren nach dem Westen geflohen sind, sprechen über die verfassungsmäßig verbrieften Rechte eine deutliche Sprache.

Die heute noch andauernden Enteignungen demonstrieren die kommunistische Handhabung des Eigentumsrechtes. Die Gründe für die Enteignungen werden in allerlei angeblichen Wirtschaftsverstößen gesucht und gefunden. Eigens zum Zweck der Enteignung wurde z.B. im April 1949 eine Verordnung erlassen. Nach ihr müssen Privateinlagen in einem Betrieb, die seit dem 9. Mai 1949 erfolgt waren, plötzlich rückwirkend einer Nachversteuerung unterzogen werden. Diese Nachversteuerung erfasst beinahe die gesamten Einlagen. Sie ruinierte damit in den weitaus meisten Fällen die Betriebe

derart, dass sie nunmehr auf dem kalten Wege sozialisiert werden konnten.

Die Gewerkschaften in der Sowjetzone haben im Grunde nur zwei Aufgaben: Überwachung der ideologischen Rechtgläubigkeit der Arbeiterschaft und Steigerung der Arbeitsleistung. Diese Kontrolle wahrzunehmen ist der Sinn der Betriebsgewerkschaftsleitungen. Streikrecht gibt es nicht. Streikrecht bedeutet im Sowjetparadies Sabotage. Ebensowenig gibt es in sozialisierten Betrieben ein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften oder der Arbeiterschaft.

Die Rechte der Arbeitnehmer sind in dem so genannten «Gesetz der Arbeit» vom 19. April 1949 verankert. Das Gesetz verspricht z. B. das Recht auf Arbeit. Man frage aber einen Arbeitslosen in der Sowjetzone, wie dieses Recht auf Arbeit aussieht. Es heißt Wahl zwischen der Verpflichtung zur Arbeit im Uranbergbau oder in anderen Schwerpunktbetrieben, oder bei der Volkspolizei, oder es bedeutet Verlust der Arbeitslosenunterstützung.

Das Gesetz enthält unter anderem auch Vorschriften über die Aktivistenbewegung. Mit dieser Bewegung schafft man in der Sowjetzone sozusagen eine neue Klasse. Nur ein Aktivist ist in der Lage, sich einen menschenwürdigen Lebensstandard zu sichern. Das neue System der Lohngruppen unterstreicht diesen Zustand noch durch die große Differenzierung der Löhne. Danach gelten die obersten Lohngruppen nur für qualifizierte Arbeitskräfte mit ganz besonderen Leistungen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen jedoch in die oberste Lohngruppe 8 höchstens 1,5 Prozent der Gesamtzahl der Arbeiter, in die 7. Lohngruppe drei Prozent und in die 6. Lohngruppe sechs Prozent eingestuft werden. Der größte Teil der gelernten Arbeiter entfällt damit auf die mittleren Lohngruppen 4 und 5. Das bedeutet für die Arbeiterschaft der Sowjetzone weit niedrigere Lohnsätze als in der Bundesrepublik.

Darüber hinaus beträgt die Steuerbelastung in der Sowjetzone pro Kopf der Bevölkerung 673 M, gegenüber 369 M in Westdeutschland. Der Sowjetzonenbewohner zahlt jährlich außerdem mindestens 440 M allein für Reparationen. Der Bewohner der Bundesrepublik zahlt zurzeit dagegen nur 80 M für Besatzungskosten. Darüber hinaus wird der Arbeiter der Sowjetzone noch ausgebeutet durch den Zwang, alle nicht rationalisierten Waren in den HO's zu kaufen, d. h. in der staatlichen Handelsorganisation, deren Gewinne größtenteils zur Finanzierung der Reparationen benutzt werden. Dieser Zwang bedeutet eine weitere schwere Steuerbelastung der Sowjetzonenbevölkerung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die bolschewistisch totalitäre Ordnung in der Sowjetzone eine totale soziale Umschichtung der Bevölkerung bewirkt hat. Es muss uns darum gehen, diese politische, soziale und wirtschaftliche Wirklichkeit in aller Klarheit zu sehen. Denn nur so können wir die richtige Haltung zu der bedrohlichen Lage unseres Landes finden. Nur so können wir Stellung beziehen in dem Nervenkrieg, den der Sowjetismus mit den raffiniertesten Mitteln gegen das westliche Berlin und gegen die Bundesrepublik führt. Nur so können wir Ausgangspunkt und Haltung für eine aktive Ostpolitik, für eine aktive Wiedervereinigungspolitik gewinnen.

Bundesregierung und Bundestag haben sich energisch der Illusion widersetzt, als könne man die Wiedervereinigung Deutschlands etwa durch ein Gespräch am runden Tisch herbeiführen. Ich selbst habe im Verlauf des Jahres 1947 zweimal die Bildung einer gesamtdeutschen Körperschaft vorgeschlagen. Damals – 1947 – erschien ein solcher Vorschlag noch durchführbar. Denn die demokratischen Kräfte in der Sowjetzone hatten immerhin noch eine Position. Sie hätten sich nach meiner Auffassung in einer solchen Körperschaft durchsetzen können, oder aber der böse Wille des Kommunismus wäre schon damals vor aller Welt offenbar geworden. Der Verlauf der vom Ministerpräsidenten Ehard ebenfalls im Jahre 1947 einberufenen gesamtdeutschen Konferenz der Ministerpräsidenten schien allerdings denen Recht zu geben, die schon immer derartige Versuche für aussichtslos hielten.

Heute – nach fast sechs Jahren systematischer Bolschewisierung der Sowjetzone und nach den Erfahrungen, die diese Jahre einschließen – kann man nur sagen: Die Wiedervereinigung Deutschlands durch ein Gespräch am runden Tisch mit den derzeitigen Machthabern der Sowjetzone herbeiführen oder auch nur einleiten zu wollen, ist eine Illusion. Diese Illusion kann sehr

leicht dazu führen, ganz Deutschland unter den Einfluss dieser Machthaber zu bringen. Die gleichen Kräfte, die planmäßig und unter rücksichtsloser Anwendung von Gewalt die bolschewistische Keimzelle auf deutschem Boden schufen, können nicht plötzlich zu kompromissbereiten, toleranten Gesprächspartnern werden. Man kann von ihnen um so weniger Toleranz und fair-play verlangen, als ihnen ja ein in Freiheit geeintes Deutschland die Macht kosten würde.

Welcher Weg kann uns nun aber der Wiedervereinigung Deutschlands näherbringen? Jeder Einzelne von uns muss erkennen lernen: Es gibt nur einen Weg: Den Sowjets und den von ihnen benutzten kommunistischen Kräften muss klar gemacht werden, dass ihre Methoden bei uns versagen werden. Dass sich ihr kommunistisches Experiment auf deutschem Boden zu einer aussichtslosen und gefährlichen Aktion gestalten wird. Die Sowjets müssen mit den Mitteln der Politik zu der Einsicht gebracht werden, dass es ratsam und angebracht wäre, ihre Politik gegenüber Deutschland zu ändern. Man wird dieser Einsicht bei ihnen nur durch einen zähen, hartnäckigen und geduldigen Kampf zum Durchbruch verhelfen können. Man wird die Sowjets von der Falschheit ihrer bisherigen Politik auf deutschem Boden nur durch Tatsachen überzeugen. Sie müssen durch die wachsende Stärke der freien Welt von der Rolle des Angreifers in die Rolle des Verteidigers gedrängt werden. Das ist nicht militant, sondern politisch gemeint. Ich will dabei bemerken, dass die Auseinandersetzungen um die Illusion des runden Tisches in der Bundesrepublik gerade von diesem Standpunkt aus aufs Höchste bedauerlich waren und sind. Gewiss ist die Diskussion auch bei den ernstesten und schwerwiegendsten Problemen das Vorrecht der Demokratie. Wir sollten uns aber stets dabei bewusst sein, dass jedes Zeichen der Schwäche und der Uneinigkeit für den Kommunismus eine Aufforderung zu neuen Aktionen bedeutet.

Ich bemerkte eben, die Widerstandshaltung gegenüber dem Kommunismus sei nicht militant gemeint. Allerdings gehört die militärische Stärke der freien Welt ebenfalls zu den Voraussetzungen, die den Stalinismus von der Notwendigkeit der Änderung seiner Politik überzeugen können. Dabei hängt unser eigener militärischer Beitrag ganz von der politischen Gesamtlage ab. Man darf aber damit rechnen, dass die Viererkonferenz – falls sie zustande kommt – darüber einige Klarheit schaffen wird. Voraussetzung für eine Beteiligung bleibt selbstverständlich die völlige politische und militärische Gleichberechtigung unseres Landes. Dabei will ich keinen Zweifel darüber lassen, dass die grundsätzliche Verweigerung eines Verteidigungsbeitrages die Position der Sowjets bei allen Verhandlungen erheblich stärken muss und damit die deutschen Interessen nur schädigen kann. Die Parole «Ohne-mich» ist eine kommunistische Zweckparole.

Am offensichtlichsten hat Berlin bewiesen, dass die Sowjets vor harter Widerstandsleistung zurückweichen. Manch einer hat bei der Blockade Berlins etwas mitleidig gelächelt, wenn man auf die Möglichkeiten friedlichen Nachgebens hinwies. Der Widerstand Berlins gegen die sowjetische Blockade, das entschlossene Festhalten der Westmächte an ihrer Position in Berlin haben schon einmal bewiesen, dass die Sowjets gegenüber entschiedenem Widerstand zurückweichen.

Ich will damit nicht den Optimismus vertreten, dass sich die Sowjets von heute auf morgen zu einem Rückzug aus der Sowjetzone bewegen ließen. Aber man sollte auch bestimmte Schwächeerscheinungen nicht übersehen, die sich im kommunistischen Block zeigen. Man braucht nur an Jugoslawien zu denken oder an die Spaltungen im italienischen Kommunismus. Auch im Gebiet der Bundesrepublik hat sich eine unabhängige kommunistische Bewegung gebildet. Ob ihr Bedeutung zukommt, muss sich allerdings erst noch zeigen. Schließlich kann man auch nicht annehmen, dass die wiederholten Säuberungen in der kommunistischen Partei und in der Regierungsmaschinerie der unterworfenen östlichen Länder nur der Ausdruck von kommunistischem Sadismus sind. Ich denke an die Tschechoslowakei, an Ungarn, an Polen. Man muss dabei in diesen Ländern auf Bewegungen schließen, die dem stalinistischen Kommunismus feindlich sind. Uns selbst

kann das nur zu einer entschlosseneren Haltung ermutigen.

Ganz sicher ist in den letzten Monaten die Erkenntnis der kommunistischen Gefahr gewachsen. Der Wille zum Widerstand ist größer geworden; aber man stößt immer noch auf gefährliche Illusionen. Hier und da meint man sogar, zu einer Verständigung kommen zu können, wenn man dem Bolschewismus lässt, was er hat. Und wenn man versucht, auf dieser Grundlage politisch und wirtschaftlich ins Geschäft zu kommen. Jede Regung dieser Art ist für den Kommunismus eine Ermutigung zu neuen Eroberungsversuchen. Ich kann nur sagen: Wissenschaftler, Wirtschaftler, Kaufleute, Sportler, die sich aus Nachgiebigkeit, Angst oder Unwissenheit, mit den Machthabern der Sowjetzone einlassen, spielen das Spiel der Sowjetpolitik. Der sowjetisch gläubige und gelenkte Kommunist sieht in jedem Gesprächspartner ein Instrument, das er dem höheren kommunistischen Zweck dienstbar zu machen sucht.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich einige Bemerkungen zum Interzonenhandel machen. Wir haben uns immer bemüht, alles zu tun, um Deutschland als einheitliches Wirtschaftsgebiet zu erhalten und wir sind auch heute noch dazu bereit. Dagegen mussten wir erfahren, dass die Behörden der Sowjetzone den Interzonenhandel nur als ein Mittel betrachten, um in spätestens drei Jahren gegenüber Westdeutschland autark zu werden. Im Übrigen soll der Interzonenhandel dazu beitragen, das Rüstungspotenzial der Sowjetunion zu erhöhen.

Es ist deshalb notwendig, diese Förderung der sowjetischen Rüstungswirtschaft zu verhindern. Vordringlich erscheint mir eines: Es muss mehr als bisher zu einer gemeinsamen Handelspolitik der westlichen Länder gegenüber dem Osten kommen. Dabei müssen alle Beteiligten die gleichen Grundsätze beachten. Wir müssen uns darüber klar sein, dass auf sowjetischer Seite die wirtschaftlichen Operationen gegenüber den westlichen Ländern zentral geführt werden. Auch auf diesem Gebiet wird jede Schwäche gegenüber dem Kommunismus ausgenutzt.

Eine der wichtigsten Fragen für die Zukunft ist: Was geschieht nach dem Tage, an dem uns die Einheit Deutschland in Freiheit wiedergegeben ist? Das heißt was geschieht, wenn sich nach den freien Wahlen eine Nationalversammlung und aus dieser Nationalversammlung eine gesamtdeutsche Regierung gebildet hat? Wir dürfen wohl damit rechnen, dass dann das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Deutschen entscheidend dazu beitragen wird, die getrennten Teile rasch wieder zusammenwachsen zu lassen. Die Unterschiede in der gesamten Struktur zwischen uns und der Sowjetzone sind gewiss sehr groß. Aber tausendjährige Tatbestände der Zusammengehörigkeit von West- und Ostdeutschland lassen sich doch nicht in wenigen Jahren aus der Welt schaffen. Dabei müssen wir uns grundsätzlich über eines klar sein: Die Wiedervereinigung kann sich nicht so vollziehen, dass einfach der Zustand der Zeit vor dem Kriege wiederhergestellt wird. Es muss trotz aller Unterschiede ein organisches Gleichgewicht erreicht werden. Ich darf darauf hinweisen, dass mein Ministerium es mit als Hauptaufgabe ansieht, die Wiedervereinigung vorbereiten zu helfen. Bei allen Einsichtigen steht fest, dass nicht alles rückgängig gemacht werden kann, was seit 1945 in der Sowjetzone geschehen ist. Die Zehntausende von Siedlern etwa, die jetzt in der Sowjetzone das ihnen zugewiesene Land bearbeiten, kann man nicht wieder von Haus und Hof vertreiben. Schließlich haben sie nichts oder nur sehr wenig mit dem Rechtsbruch zu tun, mit dem die Sowjets ihre so genannte Bodenreform durchgeführt haben. Andererseits müssen wir Mittel und Wege finden, diesen Rechtsbruch zumindest unter Wahrung der Interessen aller Beteiligten auszugleichen. Dabei hat im Vordergrund die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft zu stehen.

Ähnlich ist es auf dem Gebiete der industriellen und der gewerblichen Enteignungen. Auch hier wird es zunächst darauf ankommen, die Wirtschaft in Gang zu halten. Dann wird dafür zu sorgen sein, dass der Staat sich dort herauszieht, wo er nichts zu suchen hat, etwa in Handel und Gewerbe, aus verstaatlichten Gaststätten, Kinos oder sonstigen Institutionen. Dabei wird es in der Großindustrie selbst nicht möglich sein, den alten Zustand wiederherzu-

stellen. Man muss danach suchen, den Geschädigten Genugtuung zu geben. Man darf im Übrigen bei der Industrie auch nicht übersehen, dass nach Entfernung der rechtmäßigen Eigentümer vielfach ausgedehnte Investitionen mit öffentlichen Geldern vorgenommen worden sind. Diese Gelder wurden nicht zuletzt auch aufgebracht durch die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung mit Hilfe des HO-Systems. Auch das darf nicht einfach übersehen werden.

Auf jeden Fall aber soll die Bevölkerung in der Sowjetzone schon heute wissen, dass wir das derzeitige System der Staatsmonopole und der Rechtlosigkeit der Bürger nicht übernehmen. Sie soll wissen, dass wir entschlossen sind, wieder eine der abendländischen Kultur entsprechende Lebensauffassung durchzusetzen. Die Freiheit des Einzelnen und selbstverständlich auch der Wille der gesamten Bevölkerung wird bei der Zusammenfügung der beiden Teile Deutschlands ausschlaggebend sein.

Die Sowjetzonenbevölkerung lebt heute nicht zuletzt von der Hoffnung auf die politische und soziale Stabilisierung der Bundesrepublik. Sie hat kaum Verständnis für parteipolitische Eskapaden und Machtkämpfe, wie wir sie anscheinend steigend erleben sollen. Der Kommunismus dagegen lebt von der Hoffnung auf solche Eskapaden. Politische, wirtschaftliche und soziale Unruhe in Westdeutschland nimmt der Kommunismus immer wieder zum Beweis, dass ihm die Expansion nach dem Westen doch noch gelingen könnte. Es ist mit Bezug auf diese Gesichtspunkte in der Bundesrepublik nicht alles in Ordnung. Eine Zusammenfassung aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zu selbstloserem Wirken für die Stabilisierung unseres Kernstaates hat Gesetz unseres Handelns zu sein. Je mehr uns das gelingt, um so größer ist unsere Chance, den Kommunismus zurückzudrängen. Um so größer ist die Chance der Wiedervereinigung unseres Landes.

Das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands umfasst nicht nur die Sowjetzone und den Sowjetsektor Berlins. In die Problematik dieser Wiedervereinigung gehört auch das deutsche Land jenseits der Oder/Neiße. Es ist selbstverständlich, dass von uns die Unterschrift der Ulbricht und Grotewohl unter die Abtretungsurkunde vom 6. Juli 1950 nicht anerkannt wird. Deutschland besteht immer noch innerhalb der Grenzen von 1937. Das ist auch von den Alliierten anerkannt worden. Über die Grenzen Deutschlands wird ein Friedensvertrag entscheiden, der mit einer von unserem gesamten Volke legitimierten Regierung abzuschließen sein wird. Es bleibt bis dahin unser Recht und unsere Pflicht, die Aufmerksamkeit der Welt immer wieder auf die jeder Vernunft und jedem Recht widersprechende Abtrennung deutschen Landes im Osten zu lenken. Wir sind verantwortungsbewusst genug, um das ohne Kreuzzugsgesinnung und ohne Hass zu tun. Wir sind uns klar darüber, dass die jetzige Lösung für Polen ebenso unerträglich ist wie für Deutschland. Polen hat fast die Hälfte seines Landes an die Sowjetunion verloren. Wie die Sowjetzonenbevölkerung, leidet das polnische Volk unter der bolschewistischen Diktatur. Wir hoffen, dass eine Lösung der deutsch-polnischen Frage eines Tages im europäischen Rahmen möglich sein wird. Und zwar eine Lösung, die beiden Völkern Gerechtigkeit widerfahren lässt.

Auch die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ist ja eine europäische Frage. Sie ist es in dem Sinne, dass wir nur zu einer Einheit in Freiheit kommen, wenn Europa unseren Anspruch unterstützt. Sie ist es aber auch insofern, als es im Grunde ohne ein wiedervereinigtes Deutschland kein vereinigtes und kein befriedetes Europa geben kann. Denn Europa endet weder an der Elbe noch an der Oder-Neiße.